



Niederschrift

34. Sitzung Hauptausschuss
8. November 2022, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 5 der Tagesordnung: Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

5.1: Aktuelle Situation zur Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

Vorlage: 2022/2205

5.2: Vorläufige Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine – Sicherheitsdienstleistungen

Vorlage: 2022/2236

Beschluss 5.1:

Der Hauptausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis 5.1:

Kenntnisnahme

Beschluss 5.2:

Der Hauptausschuss beschließt die Vergabe des Interimsauftrages über die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen im ehemaligen Schwesternwohnheim der ViDia-Kliniken mit einer Laufzeit bis zum 1. April 2023 und einer Auftragssumme von maximal 1.100.000 Euro (brutto). Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.

Abstimmungsergebnis 5.2:

Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 mit den Unterpunkten 5.1 und 5.2 zur Behandlung auf.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) bedankt sich bei allen Beteiligten, die diese Herausforderung in den letzten Monaten gemeistert haben. Sie betont, dass eine ausreichende Personalausstattung bereitgestellt werden müsse. Weiter bittet sie darum, dass die Standardqualität für alle Geflüchteten wieder gut hergestellt werde. Sie begrüßt die Clearingstelle als niedrigschwellige Prüfmöglichkeit auch zur Entlastung des Amtes. Sie fragt, was der Passus bedeute, dass „Stellenanforderungen, die über die im Grundsatzbeschluss genehmigten 13,5 Vollzeitwerte

hinausgehen aktuell geprüft werden“. Weiter fragt Sie inwieweit die Stabstelle VME in die Implementierung der neuen Prozessabläufe eingebunden sei. Sie sieht die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Ausländerbehörde zu einer modernen Willkommens- und Migrationsbehörde. Zu den UMAs bitte sie mitzuteilen um wie viele es sich insgesamt handele, aus welchen Ländern sie stammen und wie es mit den bestehenden Strukturen zu stemmen sei.

Stadtrat Hofmann (CDU) dankt der Verwaltung für die Vorlage und lobt die Durchführung des Change-Prozesses.

Stadträtin Moser (SPD) bedankt sich sehr herzlich bei allen, die sich für die Versorgung der Geflüchteten engagieren.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) stellt lobend die Arbeit der Verwaltung hervor. Zur neuen Prozessstruktur fragt sie, ob auch die Personalräte eingebunden werden. Weiter fragt Sie, ob die Kostenerstattung durch das Land 1:1 erfolge und wie viel Personal für welche Aufgaben benötigt werde.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) lobt den Umgang und das gezeigte Engagement der Ämter und der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der Versorgung der Geflüchteten. Er geht davon aus, dass die Herausforderungen für die Stadtgesellschaft hierzu nicht abnehmen werden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) fragt ebenfalls nach dem Anteil, der von der Stadt zu tragen wäre.

Stadtrat Kalmbach (FWJ/FÜR) fragt was sich hinter dem Begriff der Linienarchitektur verbirgt. Weiter fragt er, ob die erheblichen Mehrbelastungen abdeckt seien.

Bürgermeister Lenz teilt mit, dass das Vorgehen der Stadt Karlsruhe in Bezug auf die Geflüchteten aus der Ukraine deutschlandweit einmalig sei. Er bedankt sich auch bei den Gremien, ohne deren politischen Willen ein solches Vorgehen nicht möglich wäre.

Herr Klein (Sozial- und Jugendbehörde) teilt zur Nachfrage von **Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** mit, dass ca. 300 UMA aufgenommen worden seien. Er betont die Wichtigkeit eines Sicherheitsdienstes, da es sich um ein 7-stöckiges Gebäude handele und nicht jedes Zimmer z. B. über separate Duschen verfüge. Des Weiteren habe die Sozialdienstleistung einen anderen Auftrag im Rahmen der Beziehungsarbeit. Zur Kostenerstattung teilt er mit, dass das Land 8,2 Mio. Euro überwiesen habe. Für die Dauer der vorläufigen Unterbringung erfolge die Erstattung im Regelfall 1:1. In der Anschlussunterbringung erfolgte eine pauschale Erstattung. Auf die Nachfrage von **Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** teilt er mit, dass in der Leistungsbeschreibung sehr genau die geforderten qualitativen Kriterien bestimmt worden seien.

Der Vorsitzende sagt zu, die Herkunftsländer der UMAs nachzureichen. Er verweist auf die Berichterstattung in der BNN, wonach nun ein Kulturzentrum und eine Anlaufstelle für die Geflüchteten und bereits in Karlsruhe wohnenden Ukrainer eingeweiht worden sei. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die erfolgte Kenntnisnahme zur TOP 5.1 und die einstimmige Zustimmung zu TOP 5.2 fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
23. November 2022